DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Sachsen Blickpunkt

Mitteilungsblatt der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen

Jahrgang 20 4/2013

Gespräch Minister Prof. Dr. Unland und DSTG

Zu einem Gespräch trafen sich am 20.09.2013 der Finanzminister von Sachsen Herr Prof. Dr. Georg Unland und die DSTG. Der Minister wurde begleitet von der Abteilungsleiterin I des SMF Frau Sibylle Ferkau-Permesang und dem Referatsleiter 36 Herrn Heinrich-Ewald Lüers. Die DSTG wurde durch ihren Bundesvorsitzenden Thomas Eigenthaler und dem Vorsitzenden der DSTG Sachsen Reinhold Mähne vertreten.

Thomas Eigenthaler stellte die DSTG Bund als Dachverband für die Landes- und Bezirksverbände der DSTG sowie ihre Aufgaben und Möglichkeiten auf Bundesebene dar. Zugleich nutzte er die Möglichkeit, um sich persönlich vorzustellen, da dies in 2012 auf Grund seiner Krankheit nicht möglich war.



Dass die DSTG parteipolitisch unabhängig agiert, unterstrich er bei seinen weiteren Ausführungen wiederholt. Dass eine Steuervereinfachung notwendig ist, darin waren sich beide Seiten einig. Auch dass der Weg dahin nicht über Günstigerprüfungen sondern Abgeltungspauschalen führen kann, war unstrittig. Die DSTG-Vertreter boten dabei den Sachverstand der DSTG an, was seitens des Finanzministers begrüßt wurde. Dass dieser Weg in Sachsen bereits erfolgreich praktiziert wird, darauf wies Reinhold Mähne hin. Projekte wie die Landesarbeitsgruppe ELStAM, Telearbeit, sozialbegleitende Maßnahmen bei der Fusion der Finanzämter sind beste Beispiele dafür, dass die Einbeziehung von Mitarbeitern, Sachbearbeitern und Sachgebietsleitern in die Vorbereitung, Umsetzung und Begleitung dieser Projekte sehr zum Gelingen und zur Akzeptanz beiträgt. Im Weiteren stand die Kommunikation im weitesten Sinne im Mittelpunkt des Gespräches. Dass nur durch Kommunikation auf allen Ebenen Vertrauen geschaffen werden kann, war ebenso unstrittig. Der Umgang mit den Bedenken der anderen Seite bildete dabei einen Schwerpunkt des weiteren Gespräches. Die DSTG betonte noch einmal, dass der Öffentliche Dienst ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft ist und die notwendige Wertschätzung seitens der Politik zu wünschen übrig lässt.

Aus dem Inhalt:

Gespräch mit Prof. Dr Unland	S. 1
Gespräch mit MdL Michel	S. 2
Positionen	S. 3
Fusionierung der FÄ Freital und Pirna	S. 4
Treffen mit den Landtagsabgeordneten	S. 5
Aktuelles aus dem HPR	S. 7
Landesjugendausschuss	S. 6
Aktuelles aus dem HPR	S. 7
Gewerkschaftstag Mecklenburg-Vorpommern	S. 9
„Wertschätzung“ auf sächsische Art	S. 9
Hinter Gittern	S. 11
Sommerevent 2013 der DSTG-Jugend	S. 11

DSTG im Intranet: Intranetlinks-> Gewerkschaften->DSTG Sachsen
DSTG im Internet: www.dstg-sachsen.de + www.dstg-jugend-sachsen.de

Der Minister stellte seine sehr positiven persönlichen Erfahrungen in seinem bisherigen Leben mit den Beschäftigten der Finanzämter in NRW, Hessen und Sachsen dar. Zugleich unterstrich er noch einmal, dass ohne die engagierte Arbeit der Beschäftigten in den Finanzämtern das Projekt ELStAM zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, zumindest wäre es zeitlich und inhaltlich sehr verzögert umgesetzt worden - vom Imageschaden in der Bevölkerung ganz abgesehen. Der Bitte der DSTG Sachsen, nicht immer erst zu warten, bis die Gewerkschaft Themen anspricht, sondern auf die DSTG zuzugehen, will der Finanzminister entsprechen. Sein Angebot, zukünftig einmal im Jahr zu strategischen Zielstellungen zu informieren und den Dialog zu suchen, wurde von der DSTG dankend angenommen.

Die DSTG Sachsen nutzte zugleich die Möglichkeit, auf bestehende Probleme (u.a. Nutzflächen für Arbeitsplätze, Schulungen und Kantine, fehlende Parkplätze, Umsetzung von Gesundheitsmanagement und der Sicherheitskonzeption) am zukünftigen Standort des Finanzamtes in Pirna hinzuweisen und forderte den Minister auf, diese in die weiteren Planungen stärker einzubeziehen. Herr Lüers erhielt die Aufgabe, die Probleme in der nächsten Beratung darzustellen.



Der Minister und seine Abteilungsleiterin sicherten der DSTG die Unterstützung bei der Durchführung der Tagung der DSTG-Bundesfrauenvertretung 2014 in Dresden zu.

Wie wichtig die Gesprächsthemen mit der DSTG waren, dokumentiert sich auch darin, dass der nächste Termin um mehr als 30 Minuten warten musste, trotz des Hinweises der Chefsekretärin…

(Reinhold Mähne)

Gespräch MdL Michel 20.08.2013

Wie bereits im März diesen Jahres vereinbart, traf sich die DSTG Sachsen mit dem finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag Herrn Michel zur Fortsetzung des Dialoges. Die DSTG Sachsen war vertreten durch Karen Siwonia und Reinhold Mähne.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Dienstrechtsreform, die Übernahme des Tarifergebnisses, die Fusion der Finanzämter sowie die aufgabengerechte Personalausstattung in der Finanzverwaltung.



MdL Herr Michel stellte den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Regierungskoalition am Beispiel der Ausgestaltung der Strukturzulage dar. Die DSTG Sachsen wiederholte die bereits in ihrer Stellungnahme hierzu dargestellte Position. Zugleich verwies sie auf die praktischen Probleme bei der Umsetzung des Ausbaus der Leistungsbezahlung in 2013, da das Gesetz nach derzeitigem Stand erst im November 2013 beschlossen werden soll. Die Forderung nach diesbezüglichen vorbereitenden Maßnahmen wurde erneut gestellt. Unverständlich für die DSTG Sachsen ist die Verlängerung der Probezeit auf einheitlich 3 Jahre. Die Vertreter der DSTG verwiesen darauf, dass mit dieser beabsichtigten Maßnahme die Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes der Finanzverwaltung benachteiligt werden. Denn sie absolvieren ihre Ausbildung intern, werden dabei schon laufend beurteilt und eine mögliche Beförderung verschiebt sich auf Grund der Verlängerung der Probezeit ebenso. Für die vorgetragene Forderung, beim Beihilfesatz auch die Kinder zu berücksichtigen, für die vor dem 01.01.2013 eine Unterhaltsverpflichtung bestand, äußerte er zwar Verständnis, verwies aber zugleich auf den erzielten Kompromiss in den Verhandlungen mit der FDP und die dadurch nicht mehr vorhandenen finanziellen Spielräume.

MdL Herr Michel äußerte seine Enttäuschung darüber, dass von den Beschäftigten nicht honoriert wird, dass Sachsen eins von den nur drei Bundesländern ist, die das Tarifergebnis inhaltlich voll übernehmen. Die DSTG-Vertreter verwiesen darauf, dass Sachsen bereits ab 2011 die Sonderzahlung mit einem Volumen von jährlich 36,9 Millionen Euro gestrichen hatte…. und ebenso auf die Äußerungen von CDU und FDP in den Medien nach Abschluss der Tarifverhandlungen, die mit Wertschätzung nicht viel zu tun hatten.

Die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des zukünftigen Standortes des Finanzamtes Pirna wurde nicht nur unter dem Eindruck der Hochwasserthematik betrachtet. Parkplatzsituation, Nutzflächen für Arbeitsplätze und Besprechungen, Umsetzung der Sicherheitskonzeption, Gesundheitsmanagement waren dabei wichtige Themen.

Die notwendigen Folgen der Fallzahlentwicklung in der Finanzverwaltung, des Stellenabbaubegleitgesetzes, der Anstieg der Durchlaufzeiten als eine Kennziffer aus dem Leistungsvergleich der Finanzämter waren die Kernpunkte des Abschlusses des Gesprächs. Herr Michel stellte dar, dass in Gesprächen mit Revierleitern der Polizei die personellen und fachlichen Probleme stärker dargestellt werden und forderte dies auch für die Steuerverwaltung.

Seiner Bitte nach weiteren Gesprächsmöglichkeiten kam die DSTG Sachsen nach und lud MdL Herrn Michel zur Landeshauptvorstandssitzung am 15.11.2013 nach Riesa ein. Die Einladung nahm er dankend an.

Positionen

Haushaltsabschluss 2012



„Sachsen hat viel Geld übrig“ – so die Titelzeile auf der Seite 1 der Sächsischen Zeitung vom 25.09.2013. 512,7 Millionen Euro Steuermehreinnahmen und nicht verbrauchte Mittel sind im Rahmen des rechnerischen Haushaltsabschlusses für 2012 jetzt noch auf der Habenseite. Dies regt dazu an, sich die Begründung aus 2010 für die Streichung der Sonderzahlung einerseits und ebenso für die verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses in 2013 noch einmal genau anzuschauen und darüber nachzudenken.

343 Millionen Euro der Mehreinnahmen gehen in den Garantiefonds für die Landesbank, womit die insgesamt notwendigen 2,75 Mrd. Euro rein rechnerisch zusammen sind. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtages Herr Sebastian Scheel brachte es auf den Punkt, wenn er formulierte „Die Bankpleite bezahlen damit auch die Beschäftigten“. Eine Position, die die DSTG Sachsen im Rahmen der Anhörung zum Dienstrechtneuordnungsgesetz im Sächsischen Landtag ebenso vertreten hatte, indem sie darauf hinwies, dass die politischen Fehler aus der Vergangenheit durch die Kolleginnen und Kollegen ausgebadet werden müssen.

Aufgabengerechte Personalausstattung

Nun hat auch Niedersachsen beschlossen, noch im Jahr 2013 über den ursprünglichen angemeldeten, am reinen Bestandserhalt orientierten Bedarf hinaus 20 zusätzliche Finanzanwärter/-innen einzustellen. Dies übrigens auch für die Jahre 2014 bis 2017! Doch damit ist es in Niedersachsen noch nicht allein getan. Bereits für das Jahr 2014 hat die dortige Landesregierung zur Stärkung des Außendienstes eine deutlich bessere Stellenausstattung (151 Stellenhebungen von A 10 nach A 11 bzw. von A 11 nach A 12) vorgesehen. Allein für die geplanten Stellenhebungen hat die niedersächsische Landesregierung zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 0,755 Mio. EUR jährlich in den Haushaltsentwurf eingestellt.

Ebenso werden 1,714 Mio. EUR in den Jahren 2014 bis 2017 für zusätzlich 8 IT-Fachkräfte und zwei Wirtschaftsfachkräfte bereitgestellt.

„Niedersachsen setzt alles daran, Steuergerechtigkeit nicht nur anzumahnen, sondern durchzusetzen. Das schulden wir dem ehrlichen Steuerbürger“ – so der niedersächsische Finanzminister in einer Presseinformation vom 19.07.2013. Eine Aussage, der wir als DSTG Sachsen nur zustimmen können. Schauen wir uns das „Benchmarking für unsere Verwaltungen - Zukunftsdialog der Freistaaten Bayern und Sachsen“ vom Juni 2013 (veröffentlicht auf der Internetseite der Staatskanzlei) an, so müssen wir die Frage stellen: Wann werden auch in Sachsen die entsprechenden Schlussfolgerungen für die Personalentwicklung in der Finanzverwaltung für die Zukunft gezogen? Eine Fragestellung, die der Landeshauptvorstand in seiner Sitzung am 14./15. November 2013 in Riesa mit den Vertretern aus Politik und Verwaltung diskutieren wird. Hat doch die Finanzverwaltung pro 1000 Einwohner weniger Beschäftigte als Bayern, liegt die Ausbildungsquote bei einem Prozent, beträgt die Teilzeitquote der sächsischen Finanzämter bis zu 40 Prozent, sind über 80 Prozent der Beschäftigten Frauen (Bayern 50 Prozent), ist der Beschäftigte in Sachsen durchschnittlich an über 20 Tagen im Jahr krankheitsbedingt ausgefallen – die Kollegin bzw. der Kollege in Bayern an 11 Tagen. Besonders der letztgenannte Fakt ist eine schwere Hypothek. Bedeutet es doch, dass rund 132.000 Krankheitstage pro Jahr kompensiert werden müssen oder anders ausgesprochen: 5 Finanzämter mit einer Größe von rd. 120 Beschäftigten stehen nicht zur Verfügung und das täglich! Und dieses Problem wird sich in Folge der Fusion der Finanzämter sicher noch verschärfen! Da hilft auch alles Negieren dieses Problems nichts. Reagieren ist notwendig! Und dies nicht nur durch die Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen, denn die haben es bereits bewiesen, dass sie mit allen Problemen umgehen können. Nur: Irgendwann ist der Akku alle und über die Motivation haben wir ja schon gesprochen. Unsere Forderung an den Finanzminister und die handelnden Politiker im Sächsischen Landtag kann daher nur lauten: Denken Sie bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2015/2016 an die Zukunft der sächsischen Finanzverwaltung – der einzigen Einnahmeverwaltung in Sachsen – an die Bereitstellung von Ausbildungs- und Übernahmestellen, schaffen sie die notwendigen Beförderungsstellen, um Leistung zu honorieren!



Marcus Tullius Cicero
Quelle: Wikipedia

Denn was sagte Marcus Tullius Cicero (106 - 43 v. Chr.) vor langer Zeit: „Die Steuern sind die Nerven des Staates.“

(Reinhold Mähne)

Fusionierung der Finanzämter Freital und Pirna

Die bisherigen Planungen für die Fusionierung der Finanzämter Freital und Pirna gingen von einer Baufertigstellung Ende 2015 aus. Infolge des überraschenden Fundes in der alten Ruine des Liebenauschen Vorwerks – dem zukünftigen Standort des Finanzamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge – sowie anhaltender Planungsänderungen verzögert sich die Baufertigstellung voraussichtlich bis Mitte 2016.

Neben dieser Information wurden den Ortsverbänden der Finanzämter Freital und Pirna weitere umfassende bauliche Veränderungen – seitens des SIB und des SMF - bekannt. Gegenüber den bisherigen Planungen kam es nun teilweise zu Streichungen bzw. Kürzungen notwendiger Maßnahmen, welche die Funktionalität eines Finanzamtes sicherstellen. Diese Veränderungen im baulichen Konzept wurden durch die Ortsverbände zeitnah dem HPR und der DSTG zur Verfügung gestellt. Die Standpunkte wurden gemeinsam festgehalten.

Zur gravierendsten geplanten Änderung gehört dabei der Wegfall des Personenaufzuges im Bereich der Informations- und Annahmestelle. Die Steuerpflichtigen müssten somit längere Wege zu den Aufzügen und durch das gesamte Finanzamtsgebäude in Kauf nehmen.

Für körperlich eingeschränkte Besucher stellt dies zudem weitere erhebliche Beeinträchtigungen dar. Außerdem läuft es dem Sicherheitskonzept des Finanzamtes zuwider.

Da sich das künftige Finanzamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge im unmittelbaren Kreuzungsbereich zweier Hauptverkehrsstraßen befindet, ist eine hinreichende Lüftungsmöglichkeit der Büroräume erforderlich, ohne dass die Fenster aufgrund von Lärm und Verkehrsgerüchen geöffnet werden müssen. Zwar befinden sich - entsprechend der bisherigen Planungen - zum Teil Aktenräume und Räumlichkeiten der Außenprüfer in diesem Bereich. Dessen ungeachtet muss auch den dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit des Lüftens geboten werden.

Die gewünschte Kantine wird voraussichtlich nicht umgesetzt werden können. Die tragende Nutzung für diesen Objektteil entfällt somit. Im Umkehrschluss hieraus ist nunmehr jedoch unerlässlich, hinreichend Alternativen als Essensräume zu schaffen. In diesen soll ein gemeinsames und vor allem (unter Beachtung des Publikumsverkehrs) ungestörtes Einnehmen des Mittagessens möglich sein. Zugleich entfällt hierdurch der geplante Besprechungsraum. Auch in diesem Zusammenhang wird weiterhin auf die Umsetzung von Alternativen gedrängt.



Liebenausches Vorwerk
Quelle: www.pirna.de

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die geplanten baulichen Veränderungen tiefgreifend auf die „Ausstattung“ des künftigen Finanzamtes auswirken. Eine bloße Hinnahme der Umstände kann nicht erfolgen. Im gemeinsamen Dialog der Ortsverbände Freital und Pirna, des HPR und der DSTG werden daher weiterhin die o.g. Punkte erörtert und in den fortwährenden Gesprächen mit dem SMF und dem SIB vorgebracht. Kürzungen, wie der Wegfall des Personenaufzuges sowie des Lüftungssystems, sind indiskutabel, der Wegfall der Kantine und des großen Besprechungsraumes sind hinnehmbar, jedoch müssen zwingend Alternativen gefunden werden.

Der Landesvorsitzende Reinhold Mähne nutzte ein Gespräch beim Finanzminister am 20.09.2013, um auf die bestehenden Probleme hinzuweisen (u.a. Nutzflächen für Arbeitsplätze, Schulungen und Kantine, fehlende Parkplätze, Umsetzung von Gesundheitsmanagement und der Sicherheitskonzeption). Er forderte den Minister auf, diese Punkte in die weiteren Planungen stärker einzubeziehen. Der Finanzminister sicherte eine ernsthafte und pragmatische Prüfung der vorgetragenen Anliegen zu. Hier werden wir als DSTG dranbleiben!

(Thomas Schmidt)

Treffen mit den Landtagsabgeordneten am 26.08.2013

Ende Mai diesen Jahres haben wir Mitglieder der DSTG uns schriftlich an verschiedene Landtagsabgeordnete der CDU-Fraktion gewandt. Dabei taten wir unseren Unmut über die Streichung der Sonderzahlung für Beamte, das Hinausschieben der Entscheidung zur Wegstreckenentschädigung und nun auch noch die Verzögerung der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses für Beschäftigte auf die Beamten des Freistaates Sachsen kund und baten die Abgeordneten um ein persönliches Gespräch. Hierzu erklärten sich die Landtagsabgeordneten Lothar Bienst und Dr. Stephan Meyer bereit.

Nach all den Aktionen der Gewerkschaften in der Vergangenheit war es uns wichtig, mit Abgeordneten vor Ort ins Gespräch zu kommen, um auch mal ihre persönliche Meinung zu erfahren. Nun durfte man natürlich keine Wunder erwarten.

In entspannter, angenehmer Atmosphäre fand also am 26.08.2013 das Treffen mit den beiden Landtagsabgeordneten der CDU-Fraktion statt. Unser Ortsverband wurde dabei durch den Vorsitzenden Nobert Frömter und den Kolleginnen Kathleen Geisler, Andrea Pilz sowie Jens Mühlbauer vertreten.

Im Verlauf unseres Gespräches haben sich Herr Bienst und Dr. Meyer zu den Themen unserer schriftlichen Anfrage - Streichung der Sonderzahlung für Beamte, Wegstreckenentschädigung und Verzögerung der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifergebnisses für Beschäftigte auf die Beamten des Freistaates Sachsen - erklärt.

Da Herr Bienst zum Zeitpunkt, als über die Streichung der Sonderzahlung entschieden wurde, im Finanzausschuss des Landtages tätig war, konnte er uns die Geschichte, wie es zur Streichung kam, darlegen. Ausschlaggebend war die Aufstellung des Haushaltsplanes 2009, der zunächst ein milliardenhohes Defizit aufwies. Weil der Freistaat Sachsen keine neuen Schulden aufnehmen wollte, waren alle Ministerien zur Kürzung ihrer Haushaltsmittel aufgefordert worden.



Lothar Bienst (lothar-bienst.de)

So weit so gut. Aber warum wurde in den folgenden Haushaltsplanungen die Sonderzahlung nicht wieder eingestellt? Auch diese Frage beantwortete Herr Bienst. Die freien Gelder wurden in den Generationen-Topf gegeben und sichern unsere Pensionen. Dr. Meyer ergänzte zudem, dass im Rahmen der Besoldungsreform andere Möglichkeiten geschaffen werden sollen, die zu höherer Besoldung führen. Genaueres konnte er zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Im Weiteren erklärten die beiden Abgeordneten in Bezug auf die verzögerte Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten, dass es nicht gerecht erscheine, die Ergebnisse einfach so zu übertragen. Die Angestellten hätten dafür gekämpft und verhandelt. Ein gewisser Verzug sei deshalb nicht ungerecht. Die vorgenommene Staffelung der Übernahme würde den schlechter verdienenden Beamten entgegenkommen und erzielt letztendlich auch noch einen Spareffekt im Haushalt. Nun ja…

Natürlich stellten uns diese Aussagen nicht zufrieden und wir machten auch deutlich, dass der Kampf der Gewerkschaften zur Wiedereinführung der Sonderzahlung und der zeitgleichen! Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten weitergeführt wird.
Im Laufe der Unterhaltung kam zum Ausdruck, dass es schwierig ist, akzeptable Entscheidungen für den öffentlichen Dienst zu treffen, wenn der Koalitionspartner anderer Meinung ist.

Der Gesprächsverlauf führte uns über die Themen der angemessenen Bezahlung, der Übernahme von Verhandlungsergebnissen zur permanent steigenden Arbeitsbelastung in den Finanzämtern. Den beiden Abgeordneten erzählten wir nur auszugsweise von ELSTAM und Co, davon, dass es keine Formeln zur Berechnung des Personalschlüssels und keine Stellenbewertungen gibt. Darüber waren sie schon erstaunt und fragten, wie denn die leistungsbezogene Bezahlung erfolge…Gar nicht. Das waren für sie Punkte, die in die Fraktion und den Landtag mitgenommen werden sollten.

Wir machten klar, dass es uns als Bedienstete der Finanzverwaltung nicht nur allein ums Geld geht. Viel wichtiger ist, dass die Arbeit, die täglich geleistet wird, gesehen und anerkannt wird. Wir wünschen uns, von der Regierung und vom Freistaat Sachsen beachtet und geschätzt zu werden. Auch um das zu verdeutlichen haben wir uns an die Abgeordneten gewandt.

Insgesamt waren Herr Bienst und Dr. Meyer sehr dankbar für das konstruktive Gespräch. Ihnen wurde auch bewusst, dass wir Beamten der Finanzbehörden keine Lobby haben, uns aber auch nicht alles gefallen lassen und aktiv werden. Sie haben als Anregung für ihre tägliche Arbeit anerkannt, dass Entscheidungen manchmal mehr erklärt und nachvollziehbarer gemacht werden sollten. Unsere Gesprächspartner machten deutlich, dass es für sie wichtig ist, nicht nur die Ausführungen der Ministerien zu hören. Sie wünschten sich mehr Gespräche und Informationen von der anderen Seite. In diesem Zusammenhang luden sie uns, den DSTG-Ortsverband, in den Landtag ein und erklärten sich zu weiteren Gesprächsrunden bereit.

(Norbert Frömter)



Aktuelles aus dem HPR

Der Hauptpersonalrat hat sich, neben einer Reihe von Personalmaßnahmen und Maßnahmen zur IT-Unterstützung des Steuerbereiches, mit einer Vielzahl weiterer Maßnahmen befasst. So z.B. mit den Auswirkungen des Stellenabbaubegleitgesetzes auf den Stellenkegel hinsichtlich frei werdender Beförderungsstellen und einer **Analyse der Ausbildungssituation in der Steuerverwaltung. Weitere Schwerpunkte waren (und sind):**

Einführung von „ZEUS 3“
Mit der Verwaltung wurde die Erarbeitung einer Rahmen-DV zu IT-gestützten Zeiterfassungssystemen verabredet. Die Software soll ausschließlich zur Erfassung der Daten der Arbeitszeiterfassung genutzt werden. Es soll keine weitere Datennutzung geben. Der derzeitige Einsatz erfolgt weiter als Pilotierung. Zugestimmt wurde einem Sicherheitsupdate für „ZEUS 3“ zur Fehlerbehebung und der Einführung von „ZEUS 3“ in fünf Niederlassungen des SIB.

ZAS – Einführung elektronische Reisekostenabrechnung
Einführung eines Reisemanagementprogramms "P-Travel". Ziel ist eine einheitliche Abrechnung für den gesamten Freistaat Sachsen. Aktuell sollen der Rechnungshof und die Staatskanzlei aufgenommen werden.
Seitens des SMF besteht die Absicht, das gesamte Verfahren (Beantragung, Abrechnung) zu digitalisieren. Das Verfahren soll zunächst im Rahmen eines Testjahres (2014) pilotiert werden. Das Programm stammt aus der KIDICAP-Familie und knüpft an das aktuelle Bezügeverfahren an. Die Einführung soll schrittweise erfolgen, beginnend mit dem LSF und den Finanzämtern. Daher wird die Beteiligung zunächst bei den Personalvertretungen im LSF (BPR/GPR) herbeigeführt.

Umsetzung des Standortkonzeptes für die Finanzämter des Freistaates Sachsen
Der HPR ist dazu in einem ständigen Dialog mit der Verwaltung und unterstützt die Personalräte der betroffenen Ämter.

Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement
Die DV BEM ist trotz Verlängerung ausgelaufen. Die DV soll nach Meinung des HPR und der Verwaltung voll inhaltlich weiter angewandt werden, bis eine Neuregelung erfolgt ist.

Beförderungsgrundsätze im Geschäftsbereich des SMF
Der HPR arbeitet derzeit in zwei Arbeitsgruppen des SMF zur Weiterentwicklung der Grundlagen der Beförderungsgrundsätze mit. Dies sind zum einen die "AG Dienstpostenbewertung" und neu die "AG zur Erstellung von Anforderungsprofilen". Hierin werden, beginnend mit dem mittleren Dienst der Finanzämter, Anforderungsprofile für alle Beförderungsdienstposten erarbeitet, nach denen zukünftig eine rechtssichere "Reihung" beurteilungsgleicher Beförderungsanwärter erfolgen kann.

Aus aktuellem Anlass hat der HPR einen Brief an den Staatssekretär des SMF gesandt, in dem die unverzügliche Eröffnung der Beurteilungen der Beamten des g.D. energisch eingefordert wird. Neben der Kritik an der Verletzung der Beurteilungsverordnung und der Dienstvereinbarung hinsichtlich des Termins zum 01.09.2013 haben wir unser Unverständnis über die Informationspolitik des SMF zum Ausdruck gebracht. Nach Auffassung des HPR ist es eine Frage des Anstandes, bei Problemen gleich welcher Art, die die Bediensteten im Geschäftsbereich ggf. auch materiell betreffen könnten, sachlich zeitnah zu informieren! Die Gesamtproblematik wollen wir auch zu unserer Arbeitstagung in Niederbobritzsch im Oktober mit dem Staatssekretär weiter diskutieren.

Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und dem Chef der Staatskanzlei
Die Vorsitzenden der Hauptpersonalräte der Ressorts wurden für den 04.12.2013, zu einem Gespräch über die gegenwärtigen Entwicklungen bei der Reform des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts sowie über die einjährige Tätigkeit der Servicestelle TRIAS eingeladen. Wir werden darüber berichten.

Der HPR hat für die Arbeitsgruppenberatungen mit der Verwaltung am 10.10.2013 in Niederbobritzsch folgende Themen vorgesehen:

Arbeitsgruppe 1 – aktuelle Themen der Abteilung I

- Regelbeurteilung 2013 (Stand, Anzahl Beförderungsstellen, ggf. Auswirkungen der Dienstrechtsreform)
- Fortbildung (Auswertung/Zahlen/weitere Planung)
- Telearbeit (Stand, ggf. Probleme, Aussicht)
- Gesundheitsmanagement (Gesundheitsmanagement, wie weiter im Geschäftsbereich)
- Vorgesetzten-Feedback
- Personalsituation im GB
  - ~ Qualifikation Führungskräfte
  - ~ Stand Ausreichung Prämienmittel
  - ~ Personalkultur bei Ausschreibungen und Versetzungsanträgen
  - ~ Zukunft Stellen im einfachen Dienst

Arbeitsgruppe 2 – aktuelle Themen der Abteilung III

- Ämterfusionen, Amts-BP (Rang- und Reihenfolge geplanter Baumaßnahmen, Zeitplan, Änderungen z.B. durch das Hochwasser)
- Abgabe Kfz-Steuer an Bund (Stand, Probleme?)
- Imagekampagne der Finanzverwaltung
- Sicherheitskonzept FÄ
- Dienst-Kfz (Bereitstellung auch für Prüfdienste/Vollzieher?)
- Übersicht über laufende Fachverfahren/geplante Änderung/Verbindliche Einsatzplanung

Arbeitsgruppe 3 – Strategie-AG

- Demografie
  - ~ Entwicklung der Altersstrukturen im nachgeordneten Bereich
  - ~ Zukunft der Ausbildung, Gewinnung von jungem Nachwuchs
  - ~ Umgang mit älteren Bediensteten
  - ~ Anpassung der Personalentwicklungskonzepte an die Realität
- Frauen in Führungspositionen

Für das Gespräch ab 14.00 Uhr mit dem Staatssekretär sind außerdem folgende Themen vorgesehen:

- Konzepte für ein Notfall- und Katastrophenmanagement im Zuständigkeitsbereich des SMF
- Imagestrategie/ Außenwirkung des SMF und seiner nachgeordneten Verwaltungen, Betriebe und Einrichtungen
- Einführung des Dokumenten-Management-Systems VIS-SAX im Geschäftsbereich des SMF
- Stand Dienstrechtsneuordnungsgesetz (neue Entwicklungen, Einführungszeitpunkt)

(Günter Steinbrecht
Vorsitzender)

Gewerkschaftstag Mecklenburg-Vorpommern

In der Hansestadt Rostock versammelten sich die Delegierten des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, um für die nächsten fünf Jahre einen personellen und inhaltlichen Rahmen abzustecken.



Mit eindrucksvollen 100 Prozent der Delegiertenstimmen wurde der alte und neue Landesvorsitzende Frank Höhne in geheimer Wahl in seinem Amt bestätigt. Namens der DSTG Sachsen gratulierte der Landesvorsitzende Reinhold Mähne ihm und dem gesamten Vorstand zu diesem eindrucksvollen Erfolg. Der Steuer-Gewerkschaftstag stand unter dem Motto „Wer an der Einnahmeverwaltung spart, der spart an Einnahmen.“

In einem Grußwort an die Delegierten sowie als Diskutant in einer Podiumsdiskussion wies DSTG-Chef Thomas Eigenthaler auf die Gefahren hin, auf die sich der Öffentliche Dienst bundesweit, aber auch in Mecklenburg-Vorpommern zubewege. Erstens drohe ein gnadenloses Kaputtsparen des Öffentlichen Dienstes, weil die Folgen der grundgesetzlichen Schuldenbremse derzeit fast ausschließlich von den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu schultern seien. Dies habe in einer Einnahmeverwaltung, bei der jeder Beschäftigte durch seine Arbeit ein Vielfaches seines Gehaltes erwirtschafte, verhängnisvolle Folgen für die gesamte Gesellschaft. Zweitens stiegen die Anforderungen an den Einzelnen immer mehr, was bei ständigen Diskussionen um Organisationsänderungen, EDV-Neuerungen, Rechtsänderungen und Sparbeschlüssen wie eine bleierne Motivationsbremse wirke. Indikator dafür sei ein Ansteigen des Krankenstandes. Und drittens sei bundesweit ein riesiges Nachwuchsproblem zu befürchten, da der Öffentliche Dienst durch eine einseitige Sparpolitik an Attraktivität verliere.

(Reinhold Mähne)

„Wertschätzung“ auf sächsische Art

Die Beurteilungen im gehobenen Dienst wurden bis Redaktionsschluss noch nicht eröffnet, obwohl alle Arbeiten in den Finanzämtern dazu lange abgeschlossen sind. Seit geraumer Zeit herrscht Unruhe unter den Betroffenen. Was ist los? Was bedeutet das? Aus den Erfahrungen der Vergangenheit nichts Gutes und alle Gerüchte der letzten Zeit haben sich leider inzwischen bestätigt.

Nachdem die zum 01.09.2013 in Kraft getretenen Beförderungsgrundsätze erst am 28.08.2013 veröffentlicht wurden und es hier zur Verschärfung der Beförderungsvoraussetzungen für eine Beförderung nach A12 kam, wurde dem Ganzen in den letzten Tagen noch die Krone aufgesetzt. Beförderungen nach A11 sind erst ab 12 Punkten und nach A12 erst ab 13 Punkten möglich. Eine klare und nachvollziehbare Begründung der Notwendigkeit dieser Maßnahmen fehlt. All dies haben weder die Beurteiler zum Zeitpunkt der Erstellung der Beurteilungen noch die Betroffenen, die sich um die Erfüllung der Beförderungsvoraussetzungen bemühen sollen, gewusst. Auch wenn eine Beurteilung grundsätzlich unabhängig von einer Beförderung eine Einschätzung der Eignung, Befähigung und Leistung ist, so ist doch klar, dass mit ihr der Grundstein für eine mögliche Beförderung gelegt wird.

Aber um wen und was geht es nun konkret? Am Beispiel der Kandidaten für eine Beförderung nach A12 soll dies erläutert werden. Wer sind diese Kolleginnen und Kollegen?

Es sind beispielsweise solche, die zu Beginn der neunziger Jahre die Finanzverwaltung im Freistaat aufgebaut haben. Es sind diejenigen, die zu dieser Zeit in Bayern oder Sachsen die Laufbahnbefähigung erworben haben. Es sind z. B. die Laufbahnabsolventen, die nach Beendigung der Ausbildung sofort in den Prüfdiensten eingesetzt wurden und die nach kurzer Einweisung und Einarbeitung große und schwierige Fälle übernehmen mussten.

Es sind die Kolleginnen und Kollegen, die mit der jetzigen Beurteilung die Grundvoraussetzungen für eine Beförderung erfüllen. Kurz: es sind unsere Leistungsträger im gehobenen Dienst, die jetzt (mal wieder) eine schallende Ohrfeige erhalten.

Auch wenn natürlich kein Anspruch auf eine Beförderung besteht und Beförderungen immer auch von vorhandenen besetzbaren Stellen abhängig sind, so kann ich das Agieren der Verantwortlichen nicht nachvollziehen. Zu einer modernen Verwaltung gehört auch Transparenz, die ich an dieser Stelle schmerzlich vermisse. Spätestens bei Vorlage der Beurteilungsvorübersichten hätte klar sein müssen, dass nicht genügend Beförderungsstellen vorhanden sind. Es sollte an dieser Stelle frühzeitig mit offenen Karten gegenüber allen Beteiligten gespielt werden. Und zu den Beteiligten gehören sowohl die Beurteiler als auch die zu Beurteilenden und natürlich ebenso die Personalvertretung.

Wieder einmal wurde Vertrauen verspielt und ich teile auch nicht die Auffassung, dass sich die Betroffenen nun noch mehr anstrengen werden, um eine Beförderung zukünftig zu erreichen. Denn können die Betroffenen darauf vertrauen, dass die jetzigen Grundsätze auch in Zukunft Bestand haben werden? Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wohl eher nicht. Reihen sich diese Regelungen doch in eine Reihe von negativen Maßnahmen die das Vertrauen der Beamten in Politik und Verwaltung nachhaltig gestört haben wie

- Streichung der Sonderzahlung
- um mindestens zwei Jahre verzögerte Anpassung der Wegstreckenentschädigung
- verzögerte Übernahme des Tarifergebnisses 2013/2014

Eine letzte Hoffnung sind dann noch Beförderungen. Wieder drei Jahre angestrengt, wieder nichts und knapp daneben ist eben trotzdem am Ziel vorbei.

Was sind wir Beamten unserem Arbeitgeber eigentlich wert? Trotz aller Technik, sind wir Bediensteten der Finanzverwaltung nicht das wertvollste Potential, um die Steuereinnahmen zu sichern? Wie würde „Staat“ ohne uns funktionieren? Meine klare Antwort lautet: GAR NICHT!

Haben wir nicht mindestens Anspruch darauf, dass wir als Menschen wahrgenommen werden? Ich meine, ja. Und dazu gehört ein fairer Umgang. Fair wäre eine transparente Informationspolitik. Fair wäre aber auch, dass nicht in abgelaufene Prozesse eingegriffen wird und Spielregelungen rückwirkend angepasst werden. Weiterhin wäre fair, dass getroffene Dienstvereinbarungen (wie hier die Dienstvereinbarung zur Beurteilung) von der Verwaltung eingehalten werden. Sie sind sonst das Papier nicht wert auf dem sie stehen.

Was erwarte ich jetzt von den Verantwortlichen?
Eine sofortige, umfangreiche und konkrete Information der Bediensteten zu den derzeit entscheidenden Fakten und Aussagen, wie es in Zukunft mit den Beförderungen weiter gehen soll sowie eine umgehende Eröffnung der Beurteilungen.

Was befürchte ich?
Die Motivation der Betroffenen aber auch aller anderen Kolleginnen und Kollegen wird sehr darunter leiden. Die Bereitschaft sich über das Normalmaß hinaus zu engagieren, wird weiter sinken. Die „Androhung“ einer schlechten Beurteilung wird verpuffen, wenn schon eine gute Beurteilung nicht zu einer Beförderung führt.

Verlorenes Vertrauen ist nur schwer zurückzugewinnen. Dazu müssen Fehler offen eingestanden und daraus ernsthafte Konsequenzen gezogen werden. In diesem Sinne: die Hoffnung stirbt zuletzt, dass die „Wertschätzung“ auf sächsisch irgendwann einmal ihren bitteren Beigeschmack wieder verliert.

(Karen Siwonia, Stellv. Landesvorsitzende)

Hinter Gittern



Sitzen hier auch Steuerhinterzieher ein? Was geschieht im Krankheitsfall? Welche persönlichen Dinge darf ein Häftling in seiner Zelle haben? Gibt es Häftlinge, die bereits seit DDR-Zeiten einsitzen?

Diese und viele andere Fragen beantwortete am 04.09.2013 der Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Justizvollzugsanstalt Dresden, Herr Detlef Schmidt, uns DSTG-Mitgliedern vom Finanzamt Freital.

Anlässlich des gewerkschaftlichen Bildungstages begaben wir uns freiwillig in die Sicherheitsbereiche der JVA Dresden auf dem Hammerweg. Nach einer kurzen Einführung stiegen wir in das unterirdische Gangsystem ab. Dort fühlten wir uns anfänglich durch die breiten und sehr langen Gänge wie auf einem Großflughafen.

Dass das Alter der Straftäter überwiegend zwischen 25 bis 35 Jahren liegt, war bei unserem Rundgang nicht zu übersehen. Lange sprachen wir auch über die Themen Rückfallquote und Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Hierzu unternimmt der Freistaat Sachsen auf jeden Fall eine Menge, wenngleich es sich umso schwerer gestaltet, je länger die Straftäter inhaftiert sind. Es gibt in der JVA z.B. eine Schule, um den Haupt- bzw. Realschulabschluss nachzuholen und auch eine Schuldnerberatung. Für die Gefangenen wurden Arbeitsplätze in Eigen- und Fremdbetrieben geschaffen.

Zum Schmunzeln brachten uns manche Informationen - z.B. die Bestimmung zur max. Anzahl von drei Grünpflanzen pro Zelle (nicht breiter als 15 cm x 15 cm) oder der vergebliche Versuch der JVA, einen Töpferkurs oder Chor zu gründen. Spätestens bei der Besichtigung einer Zelle für Personen in Untersuchungshaft wurde dann auch dem Letzten in unserer Runde etwas mulmig, denn Größe, Ausstattung und der Geruch kalten Rauchs ließen uns erschauern.

Neben vielen Informationen erhielten wir einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Justizvollzugsbeamten, welche überwiegend vom mittleren Dienst abgedeckt wird. Der am 02.05.2000 fertiggestellte Komplex der JVA bietet an sich gute Arbeitsbedingungen, gerät allerdings durch Überbelegungen schon seit einiger Zeit wieder an seine Grenzen.

Insgesamt war es ein eindrucksvoller und spannender Bildungstag, den wir mit dem Besuch des Geländes der ehemaligen Heeresbäckerei und des Stadtarchivs Dresden abgerundet haben. Besonderer Dank gilt unserer Vorsitzenden und leider hier nicht abgebildeten Fotografin Birgit Lucius.

(Uta Üregi)

Sommerevent 2013 der DSTG-Jugend



Am 09. August war es wieder soweit – die DSTG-Jugend lud wieder alle jugendlichen und jung gebliebenen Mitglieder zum Sommerevent ein.

Auch in diesem Jahr meinte es der Wettergott nicht wirklich gut mit uns – statt super Sommerwetter wieder einmal Dauerregen und nur 14 Grad.

Doch wir hatten vorgesorgt … und unsere Mitglieder diesmal völlig wetterunabhängig auf die Kartbahn nach Chemnitz eingeladen.

Nach einer kurzen Einweisung ging es dann auch schon los. Gefahren wurde in zwei Gruppen zu je 8 Fahrern, erst ein Qualifying, und dann ein Rennen.





Einigen lag ganz besonders viel Benzin im Blut, denn es wurde teilweise mit sehr viel Ehrgeiz auf der Strecke gekämpft. Doch am Ende haben alle heil die Zielflagge gesehen.

Im Anschluss an das Rennen gab es natürlich auch eine kleine Siegerehrung.

Beim gemütlichen Beisammensitzen im angrenzenden Bistro war zudem noch genug Zeit, die kleinen Zweikämpfe auf der Bahn auszudiskutieren und erste Pläne für das Sommerevent 2014 zu schmieden.

(Sandra Nöbel,
DSTG-Jugend Sachsen)



DSTG Sachsen

DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT
Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Immer am



Herausgegeben von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Landesverband Sachsen, Verantwortlich für den Inhalt und Kontaktadresse: Reinhold Mähne (LSF Dresden (BPR) 0351/8271600 bzw. FA Meißen 03521/718 1135), Redakteur: Heiko Herrmann (FA Leipzig I 0341/5593461) eMail: blickpunkt@dstg-sachsen.de; Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.